

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

49. Sitzung

am Dienstag, dem 25. September 2001, 9:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001	5
Drucksache 15/1140	
hierzu: Schreiben des Landtagspräsidenten vom 28. August 2001	
Umdruck 15/1337	
• Vorlagen des Ministeriums für Finanzen und Energie	
Umdrucke 15/1288, 15/1402	
• Vorlage des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein	
Umdruck 15/1370	
2. Beihilferechtliche Situation von kassenzugelassenen Sprachheilpädagogen - Umdruck 15/985 -	6
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie	
Umdruck 15/1281	
3. Bindung von EU- und Bundesmitteln im Haushalt 2001	7
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie	
Umdruck 15/1367	
4. Information/Kennntnisnahme	8
5. Verschiedenes	8

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende teilt mit, dass sie zu der Sitzung des Finanzausschusses zum Thema **LEG**, die ursprünglich am Anschluss an diese Sitzung habe stattfinden sollen, wegen Terminschwierigkeiten der CDU nicht eingeladen habe.

Abg. Heinold bittet, die Beratung der in der zweiten Erweiterung der Tagesordnung aufgeführten Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr betr. **Flughafen Holtenau**, Umdruck 15/1407, zu vertagen, da sie sich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit auf die Beratung nicht habe vorbereiten können. - Abg. Neugebauer und Abg. Kubicki schließen sich dieser Bitte an.

Die Vorsitzende gibt zu überlegen, die Beratungen zum Thema **Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein** zu vertagen, da ihr die Stellungnahmen des Landesrechnungshofs und des Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Umdrucke 15/1409 und 15/1417, quasi als Tischvorlage zugegangen seien mit der Folge, dass sie sie lediglich habe überfliegen, nicht aber en détail prüfen können.

Abg. Arp erklärt, seine Fraktion sehe nicht die Notwendigkeit, die Vorlage aus Gründen der Dringlichkeit im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt zu beraten.

St Fischer trägt den Inhalt der Vorlage des Ministeriums, Umdruck 15/1409 in großen Zügen vor und betont dabei, dem Anliegen des Landesrechnungshofs sei Rechnung getragen worden. Damit seien aus der Sicht des Ministeriums die Voraussetzungen zum Einstellen der Verpflichtungsermächtigung in den Nachtragshaushalt gegeben.

Abg. Neugebauer und Abg. Heinold erklären, sie hielten die Vorlage für entscheidungsreif, und plädieren für eine Abstimmung im Zuge des Nachtragshaushalts.

Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001

Drucksache 15/1140

hierzu: Schreiben des Landtagspräsidenten vom 28. August 2001

Umdruck 15/1337

- Vorlagen des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdrucke 15/1288, 15/1402
- Vorlage des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Umdruck 15/1370

Einleitend gibt M Möller einen Überblick über die Schwerpunkte des Nachtragshaushalts. - Eine kurze Diskussion schließt sich an.

Zu dem Ansatz zu Titel 0802-684 07, An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V., gibt Abg. Neugebauer zur Kenntnis, dass die SPD-Fraktion dem Ansatz in der vorgesehenen Höhe zustimme, dass aber aus dieser Zustimmung nicht geschlossen werden dürfe, dass der Ansatz im nächsten Jahr in derselben Höhe ausgebracht werde. Die SPD-Fraktion erwarte von der Landesregierung konzeptionelle Vorschläge, die unter anderem eine Reduzierung des Ansatzes beinhalten könnten.

Der Ausschuss stimmt dem Nachtragshaushalt mit den Vorlagen Umdrucke 15/1288, 15/1402 mit 15/1411 sowie 15/1370 mit 15/1409 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Beihilferechtliche Situation von kassenzugelassenen Sprachheilpädagogen
- Umdruck 15/985 -**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1281

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bindung von EU- und Bundesmitteln im Haushalt 2001

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1367

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 15/1290 - Bekämpfung Umsatzsteuerbetrug

Umdruck 15/1287 - Künftige Organisation der Finanzverwaltung

Zu Umdruck 15/1395 - Stiftung Schloss Glücksburg

Abg. Astrup greift Bemerkungen der Abgeordneten Neugebauer und Heinold auf und stellt heraus, dass sich der Ausschuss spätestens zu Beginn des Jahres 2002 mit dem Thema „Schloss Glücksburg“ werde beschäftigen müssen bis hin zu der Frage, ob das Gebäude mitsamt der zugehörigen Stiftung den Besitzer wechseln müsse.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 10:25 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer